

Die Behinderten proben den Aufstand

Das Referendum gegen die Streichung von Invalidenrenten läuft. Gleichzeitig starten die Behindertenverbände eine Volksinitiative.

Von **Barbara Hasler**

Auch wer im Rollstuhl sitzt, soll jederzeit auf der Post Geld einzahlen oder ein Paket aufgeben können. Die Behindertenorganisationen der Schweiz lancieren Mitte August gemeinsam eine Volksinitiative, welche die Gleichstellung behinderter Menschen verlangt. Öffentliche Gebäude und Anlagen sowie Transportmittel müssen auch für Behinderte zugänglich sein – sofern dies wirtschaftlich zumutbar ist. Daneben soll der geplante Verfassungsartikel aber auch ein Verbot jeglicher Diskriminierung etwa aufgrund der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, der Religion, des Alters, der Lebensform und eben einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung umfassen.

«Die Initiative wird auf jeden Fall lanciert», erklärt Renat Beck von der ASKIO, der Behinderten-Selbsthilfe Schweiz. Denn National- und Ständerat streiten sich in der Debatte um die neue Bundesverfassung zwar noch immer darüber, wie explizit die Diskriminierung von Behinderten künftig verboten sein soll, «aber die Pflicht, dass Behinderte den gleichen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen haben sollen wie alle Menschen, wird darin kaum Platz finden», so Beck. Und ohne einen klaren gesetzlichen Anspruch nützen schöne Worte in der Verfassung wenig, das habe sich bei der Gleichstellung von Frau und Mann gezeigt.

Nicht an den Behinderten sparen

Die geplante Volksinitiative gibt den Behindertenorganisationen Schwung: Im gleichen Zug haben sie auch das Referendum gegen die Revision der Invalidenversicherung ergriffen. Der Punkt, den Invalidenverbände, aber auch Linke, Grüne und Gewerkschaften nicht schlucken wollen, ist die Streichung der sogenannten Viertelsrente. Das heisst, wer weniger als 50 Prozent invalid ist, kriegt überhaupt keine Rente mehr. Behinderte, zum Beispiel Menschen mit schweren Rückenproblemen, die durchaus noch

eine leichtere Arbeit verrichten können, müssen Einkommenseinbussen von bis zu 500 Franken im Monat hinnehmen. Der Spareffekt für die IV ist mit 12 Millionen Franken minim, aber wer sich trotz Behinderung in die Arbeitswelt integrieren will, wird faktisch bestraft.

Dass die Behindertenverbände das Referendum ergreifen, kommt eher überraschend. Sie waren lange ziemlich still geblieben – im letzten Dezember, als der Ständerat die Viertelsrente kippte, blieb der Proteststurm aus. Erst als der Nationalrat im Juni im ersten Umgang die Streichung der Viertelsrente ablehnte und sich im zweiten Anlauf aber dann doch dem Ständerat anschloss, bekam die Opposition gegen die Vorlage Schub. Unterstützt von der Ratslinken, kündigte Marc Suter (FDP, Bern), selber im Rollstuhl, das Referendum an.

«Wir haben uns lange gefragt, ob wir auch den Schnauf haben werden, sowohl eine Volksinitiative wie ein Referendum durchzuziehen», sagt Renat Beck von der ASKIO. «Ich hatte selbst Bedenken, aber die Debatte im Parlament hat mich davon überzeugt, dass es nicht nur um die Viertelsrente, sondern um einen Schritt in Richtung Sozialabbau an den Behinderten geht. Und dagegen müssen wir uns ebenso wehren wie gegen die Diskriminierung von Behinderten in der Öffentlichkeit.» Die Kundgebung vom letzten März, als Tausende von Invaliden auf dem Bundesplatz für Gleichberechtigung demonstrierten, habe zudem mehr Selbstbewusstsein geschaffen, sich auch auf politischer Ebene zu wehren.

Paraplegikervereinigung zahlt

Das Referendum gegen die Invalidenversicherung fällt den Behindertenverbänden aber heute noch aus einem anderen Grund leicht: Sie haben zwei Organisationen, die den Karren ziehen, den Schweizerischen Invalidenverband und vor allem die finanziell gutgestellte Paraplegikervereinigung.

«Wir hatten nicht viel Zeit. Also haben wir das einfach einmal an die Hand genommen», sagt Thomas Troger von der Paraplegikervereinigung, «auch wenn das einen Batzen Geld kostet.» Mitte August verschickt die Vereinigung zwei Unterschriftenbogen an alle Haushaltungen der Schweiz: einen für das IV-Referendum und einen für die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte». Die 50 000 Referendumsunterschriften müssen bis Mitte Oktober beisammen sein, die Volksinitiative wollen die Behindertenverbände im Dezember einreichen.